Kölner Stadtanzeiger, 02.06.00

ss20

DDR-Spionage im Westen

Überall Leichen im Keller

Warum bis heute viele Informationen nicht genutzt werden

Hubertus Knabe (40) ist Historiker und Mitarbeiter der Gauck-Behörde. Bekannt wurde er als Autor des Buchs „Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen", das 1999 im Berliner Propyläen-Verlag erschien. Knabe stammt aus der alten Bundesrepublik, er studierte in Bremen und dem früheren West-Berlin Geschichte und Germanistik. Sein Vater, Wilhelm Knabe, gehörte zu den Mitgründern der Grünen und war Vorstandsmitglied und Bundestagsabgeordneter der Öko-Partei.

Herr Knabe, Sie sind Spezialist für die Erforschung der Stasi-Tätigkeit im Westen. Wie viele westdeutsche Stasi-Zuträger laufen eigentlich noch unentdeckt und unbehelligt herum?

Knabe: Vermutlich eine ganze Menge. Nach unseren Schätzungen haben bis zu 30 000 Bundesbürger für die Stasi gearbeitet. Die für den Westen zuständige Hauptverwaltung A (HVA) konnte jedoch fast ihr gesamtes Aktengut vernichten. Nach der Wende wurden knapp 3000 Ermittlungsverfahren gegen Westdeutsche wegen des Verdachts auf Spionage eingeleitet. Die meisten Verfahren wurden allerdings wieder eingestellt. Nur 253 Bundesbürger wurden verurteilt, die meisten auf Bewährung. 59 Inoffizielle Stasi-Mitarbeiter erhielten Haftstrafen von mehr als zwei Jahren.

Wird die Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeiten im Westen behindert?

genen Abgeordneten bei der Gauck-Behörde überprüft, ist dies nutzlos, solange die Karteikarten der HVA nicht hinzugezogen werden. Selbst langjährige Agenten würden bei diesem Verfahren als unbelastet eingestuft. In allen Parteien gibt es aber noch unentschlüsselte Quellen. Die Fälle der Politiker William Borm (FDP), Julius Steiner (CDU), Karl Wienand (SPD) oder Dirk Schneider (Grüne) zeigen eindrücklich, wie die Stasi mit ihrer Hilfe im Westen Einfluss nahm.

Ein Akt kollektiver Verdrängung im Westen, weil sich viele nicht eingestehen wollen, wie blauäugig sie einst die DDR betrachtet haben?

Knabe: Bislang gibt es keine einzige westdeutsche Institution, die sich ernsthaft um die Aufarbeitung der eigenen Stasi-Verstrickungen bemüht hat. Dabei gibt es durchaus Anlass dazu. Die Stasi bearbeitete im Westen über 1100 Zielobjekte, in die sie mit ihren Agenten einzudringen suchte. An einer einzigen westdeutschen Hochschule – leider wissen wir nicht, um welche es sich handelt – führte sie 37 Inoffizielle Mitarbeiter (IM), darunter neun Professoren. Eine kritische Aufarbeitung findet jedoch nicht statt, nicht in den Parteien, nicht in den Kirchen, nicht an den Universitäten, nicht in den Gewerkschaften, auch nicht in den westdeutschen Zeitungshäusern. Offenkundig ist das ganze Thema vielen einfach unangenehm. Wer möchte schon gerne seine politischen Aktivitäten aber laut Gesetz für die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit zugänglich gemacht werden. Anders könnte man viele Einflussnahmen niemals aufklären. Denn wenn die Stasi erlauschte, dass sich die CDU auf illegalen Wegen finanzierte, hat sie dieses Wissen natürlich nicht ungenutzt gelassen. Für parteipolitische Auseinandersetzungen sollten die Stasi-Akten indes nicht genutzt werden. Als praktischen Kompromiss könnte ich mir vorstellen, dass man in den Unterlagen zwar die Summen möglicher Spenden schwärzt, aber die Tatsache als solche offenbart.

Welches waren die Motive, für die Stasi zu arbeiten? Geld, Naivität, Erpressung?

Knabe: Erpressung spielte selten eine Rolle. Ein erpresster Agent ist ein unwilliger und damit schlechter Agent. Manchmal stand sie vielleicht am Anfang, wie bei dem FDP-Bundestagsabgeordneten William Borm, der Ende der 50er Jahre im Zuchthaus Bautzen angeworben wurde. Doch nach seiner Freilassung konnte ihn niemand mehr dazu zwingen, 25 Jahre für die Stasi zu arbeiten, seine Reden Markus Wolf vorab vorzulegen und sich heimlich in der DDR Orden umhängen zu lassen. Eine viel größere Rolle spielten ideologische Momente, Sympathie für den Sozialismus, ein vermeintlicher Beitrag für den Frieden.

Ein zweites Motiv war Geld. Die West-IM erhielten regelmäßig Agentenlohn, während die IM in

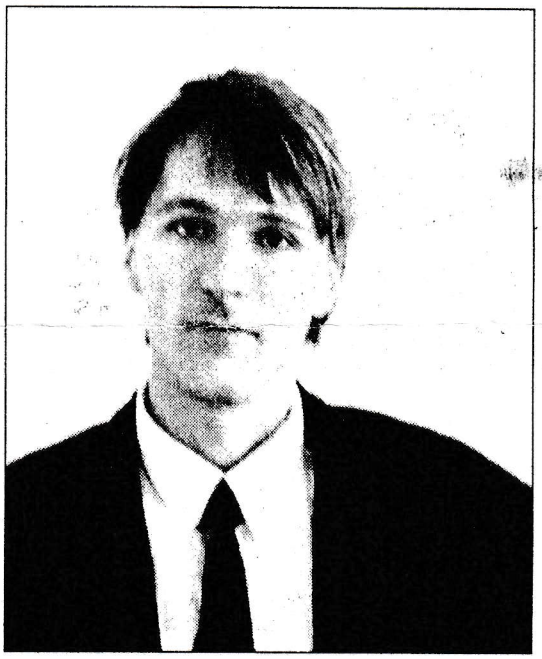
Knabe: Diesen Eindruck kann man gewinnen. Die Vernichtung der Stasi-Akten über den Westen ging auch dann noch weiter, als in Ostdeutschland eine CDU-geführte Regierung an der Macht war, die eng mit Bonn kooperierte. Stasi-Material über westdeutsche Politiker wurde damals auf Beschluss der Bundesregierung ungesehen vernichtet. Westdeutsche Geheimdienste haben es 1990 gezielt zusammengetragen. Die Agentenkartei der HVA schlummerte sogar fast zehn Jahre lang in den USA, ohne dass sich die Bundesregierung um ihre Rückführung bemühte. Jetzt haben die Amerikaner zwar eine erste CD-Rom mit kopierten Karteikarten übergeben, doch diese wird vom Innenministerium geheim gehalten. Auch Abschriften, die seit Jahren in der Gauck-Behörde lagern, sind bis heute weder für die Forschung noch für Überprüfungen nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz zugänglich. Eine strafrechtliche Verfolgung ist inzwischen kaum noch möglich, da Spionage, bis auf den Verrat von Staatsgeheimnissen, verjährt ist.

Aber mehr Erkenntnisse wären doch möglich.

Knabe: In der Tat. Die Agentenkartei in den USA, die so genannten Rosenholz-Papiere, soll die Namen von 17 000 Inoffiziellen Mitarbeitern enthalten. Sie ist zugleich der Schlüssel für eine vor einiger Zeit entschlüsselte Datenbank, in der die Titel ihrer Berichte eingespeist wurden. Mit beiden Instrumenten zusammen könnte man das Spionagenetz im Westen nahezu lückenlos bloßlegen. Ohne diese Datenträger sind wir in vielen Fällen immer noch auf Spekulationen angewiesen. Ein Spitzenlieferant der Stasi berichtete zum Beispiel regelmäßig über die Sitzungen des Parteivorstands der SPD. Aus dem Material geht aber nur der Deckname der Quelle hervor. Hier wüsste man doch sehr gerne, wer sich dahinter verbarg. Ähnliches gilt für die meisten anderen Bereiche, von der Politik über Wirtschaft und Wissenschaft bis hin zur Bundeswehr.

Wir kennen also häufig nur die berühmte Spitze des Eisberges?

Knabe: Im Gegensatz zum Osten Deutschlands, wo die konspirativen Strukturen inzwischen mehr oder weniger transparent sind, liegt über dem Agentennetz im Westen immer noch ein Schleier des Geheimnisses. Selbst wenn man, wie die CDU in Niedersachsen, die eigenen Leichen im eigenen Keller sprechen.



VIELEN IST DAS THEMA UNANGENEHM: Historiker Hubertus Knabe zu Stasi-Spitzeln in Westdeutschland. (Bild: privat)

Wer hätte besonderen Grund, selbstkritisch zurückzuschauen?

Knabe: Grundsätzlich gilt, dass die Stasi überall ihre Agenten hatte, links wie rechts. Deutlich wird aber auch, dass es auf der linken Seite des politischen Spektrums eine größere ideologische Bereitschaft zur Zusammenarbeit gab. Vielen, etwa aus dem linken Flügel der Grünen oder bei den Jungsozialisten, war die DDR oftmals näher als der eigene Staat. Dafür brauchten sie gar keine Stasi-Mitarbeiter zu sein. Wer hingegen rechte Organisationen ausspähte, musste sich stärker tarnen, trat also entsprechend SED-kritisch auf.

Und jetzt beharrt ja auch Altkanzler Helmut Kohl unter Hinweis auf Wahrung seiner Persönlichkeitsrechte darauf, dass nichts aus den über ihn angelegten Akten nach draußen dringt.

Knabe: Ich hatte im Herbst vorigen Jahres ein intensives persönliches Gespräch mit Helmut Kohl, in dem er sich vehement für die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit im Westen eingesetzt hat. Ich bedaure es deshalb sehr, dass er jetzt gleichsam zum Katalysator für die Tendenz wurde, den Deckel erneut auf die Stasi-Akten legen zu wollen. Natürlich hat er als Opfer von Ausspähung Anspruch auf Schutz seiner Privatsphäre. Als Person der Zeitgeschichte müssen Akten über der DDR in der Regel bestenfalls eine Flasche Weinbrand bekamen. Hinzu kommt ein psychologisches Moment. Die Inoffiziellen Mitarbeiter empfanden es oftmals als große persönliche Aufwertung, dass sie mit einem so mächtigen geheimen Partner im Bunde standen. Zugleich entwickelten sie eine enge Bindung zum Führungsoffizier, dem man Dinge anvertraute, die man nicht einmal der eigenen Ehefrau sagte. Ein Verhältnis wie zwischen Patient und Psychiater. Bei den Intellektuellen stand allerdings die politische Überzeugung im Mittelpunkt.

Ein paar „Maulwürfe" sind ja nun doch namentlich bekannt. Wie tief fallen die Enttarnten?

Knabe: Der Rechtsstaat geht eher sanft mit ihnen um. In den USA sind 40-jährige Haftstrafen für Spionage nichts Ungewöhnliches. Bei uns überwiegen die Bewährungsstrafen. Meistens lautet die Begründung: Es bestehe keine Wiederholungsgefahr. Oft wird nicht einmal der Agentenlohn eingezogen. Der frühere Leiter der Evangelischen Akademie in West-Berlin, Peter Heilmann, bekam zum Beispiel von der Stasi rund 200 000 Mark Agentenlohn. Er wurde aber nur zu 8000 Mark Geldstrafe verurteilt. Da kann man nur sarkastisch sagen: Spionage lohnt sich in Deutschland.

Interview: Jochen Loreck und Horst Willi Schors